



PENSION FUNK (2)

Ich liege auf dem tibetischen Teppich in Julie's Salon in Berlin Moabit und versuche, in mir selber zu wohnen.

Hinter der bröckelnden Fassade meines körperlichen Ichs vermute ich den Festsaal, den Ballsaal, das Wohnzimmer, die feine Spelunke meines Seelenortes, ausgestattet mit bezetzten Holztischen und -bänken, beschienen von sanftem Kerzenlicht, belebt durch eine inspirierte, lebende Gästeschar.

Foto und Text: Edgar Herbst



62 Millionen für Schinkel'sche Bauakademie

Der Bundestag hat 62 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Schinkel'schen Bauakademie beschlossen. Wie Berichterstatter Rüdiger Kruse (CDU) der Deutschen Presse-Agentur mitteilte, fiel die seit Jahren erhoffte Entscheidung am frühen Freitagmorgen in der sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses. Der Bundestag habe für das Projekt nahe des im Bau befindlichen Stadtschlösses am Spreekanal gewonnen werden können, weil die neue Bauakademie ein Werk von nationaler Bedeutung sein werde, erklärte Kruse. Das ursprünglich 1836 entstandene Gebäude des preußischen Architekten Karl Friedrich Schinkel gilt als wegweisend für das 19. Jahrhundert. Die DDR hatte es nach schweren Beschädigungen im Krieg 1962 abreißen lassen. Seit 2004 erinnert eine in Originalgröße errichtete Atterape an den geometrisch gegliederten Backsteinbau. (dpa)

Rot-Rot-Grün lässt die Mäuse springen

FINANZEN SPD, Linke und Grüne haben sich bei den Koalitionsverhandlungen auf haushaltspolitische Leitlinien geeinigt. Investitionen haben Vorrang vor der Schuldentilgung. Alleine 2018 werden zwei Milliarden investiert

VON UWE RADA

Die Nacht der langen Messer wird wohl ausbleiben. Zwar hatte Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) immer wieder betont, dass der finanzielle Spielraum für Rot-Rot-Grün in den kommenden fünf Jahren begrenzt sei. Er liegt, je nach Sicht der Parteien, zwischen 500 und 700 Millionen Euro. Weil die Projekte, auf die sich die Facharbeitsgruppen bei den Koalitionsverhandlungen verständigt haben, aber 2,5 Milliarden Euro kosten würden, müssten die Haushalter am Ende viele gute Ideen wieder streichen, so die Befürchtung. Nun aber zeichnet sich ab, dass große Investitionsvorhaben gesondert, also am Haushalt vorbei, finanziert werden sollen.

„Die Finanzierung erfolgt nicht nur über den Kernhaushalt, sondern auch über Landes-

beteiligungen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten“, sagte der SPD-Finanzexperte Torsten Schneider am Freitag. Er versprach, dass Rot-Rot-Grün allein im Jahr 2018 zwei Milliarden Euro investieren wolle. Das betreffe die Sanierung und den Neubau von Schulen, aber auch andere Infrastrukturprojekte. Dafür würden eigene Gesellschaften gegründet, die dann Kredite aufnehmen dürfen. Das Wort Schattenhaushalt vermeiden die Koalitionäre geflissentlich.

Der Linken-Haushaltspolitiker Steffen Zillich betonte, dass Rot-Rot-Grün auf sogenannte Public-Privat-Partnerships verzichten werde. „Wir wollen nicht, dass sich Finanzinvestoren eine goldene Nase verdienen.“ Auch wolle man nicht Risiken in die Zukunft verlegen. „Die Verpflichtungen, die wir eingehen, müssen absolut kal-

So geht's weiter

■ Am Montag und Dienstag treffen sich SPD, Linke und Grüne, um die letzten Streitpunkte aus dem Weg zu räumen. Dabei wird auch über Projekte entschieden, die unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

■ Am Mittwoch tagt die Schlussrunde. Themen sind die Zuschnitte der Ressorts sowie die Besetzung der Senatorenposten.



Mehr Geld! Foto: ap

kulierbar sein“, so Zillich. Man stelle sich den Herausforderungen „in den Grenzen des rechtlich Möglichen“. Damit sprach Zillich die Schuldenbremse an, die den Ländern ab 2020 neue Schulden untersagt. Aber diese Bremse gilt nur für den Kernhaushalt, der derzeit bei 26 Milliarden jährlich liegt.

„Wir sind uns einig, den Investitionen den Vorrang vor der Schuldentilgung zu geben“, sagte auch die Vertreterin der Grünen, Ramona Pop. Damit würden künftige Generationen nicht belastet. Vorteil dieser Finanzierungen sei, Investitionen vorziehen zu können. Allerdings hält Rot-Rot-Grün daran fest, jährlich 80 Millionen Euro an Schulden zurückzuzahlen. Das entspricht auch der Vereinbarung mit der Bundesregierung über den Stabilitätspakt.

Die Koalitionäre hatten am Donnerstag über „haushalts-

politische Leitlinien“ beraten. Welche Projekte im einzelnen im Koalitionsvertrag auftauchen, müsse die große Runde am Montag und Dienstag bei der finalen „Priorisierung“ entscheiden, sagte Pop.

Bereits beschlossen ist allerdings die Erhöhung der Zweitwohnsteuer. „Damit verbinden wir die Hoffnung, dass sich viele für den Hauptwohnsitz in Berlin entscheiden“, so Linken-Politiker Zillich. Das gebe dann mehr Geld vom Bund im Rahmen des Finanzausgleichs. Ob zusätzlich dazu auch noch die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer erhöht werden, ist noch umstritten. Grundsätzlich aber stimme die Chemie zwischen den zukünftigen Partnern, sagte Schneider. „Mit den Haushaltsberatungen hat Rot-Rot-Grün den ersten Stresstest bestanden.“

das kommt SEITE 43

ANZEIGE

STADT LAND BUCH

Gastland Georgien

15. November | 20:00 Uhr
Film + Lesung mit **Nana Ekvtimishvili**
Moderation **Kolja Mensing**
Kino Babylon | Rosa-Luxemburg-Straße 30 | Eintritt 9 €

16. November | 20:00 Uhr
Prosa, Lyrik + Musik mit **Rati Amaglobeli, Toressa Mossy + Lia Shurua**
Moderation **Daniela Seel**
Literaturhaus Berlin | Fasanenstraße 23
Eintritt 5 € / 3 €

www.stadtlanbuch.de

„Hier geht es nicht mit rechten Dingen zu“

TERRORVERDACHT Schöneberger Flüchtling sitzt noch immer in U-Haft. Das ist falsch, sagt sein Anwalt

taz: Herr Burmeister, vor elf Tagen wurde Ihr Mandant in Schöneberg wegen Terrorverdachts festgenommen. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft – nicht wegen der Terrorvorwürfe, sondern wegen Urkundenfälschung. Was hat sich seither getan?

Jonathan Burmeister: Nichts. Mein Mandant ist seit der Haftentscheidung vergangenen Donnerstag nicht mehr vernommen worden, neue Beweise gegen ihn wurden nicht vorgelegt. Er wurde aber kürzlich aus der Justizvollzugsanstalt Moabit in das Vollzugs-Krankenhaus Plötzensee verlegt, was ihm gut tut. Es ist ja eine ziemliche Belastung, wenn man in einem Land, in dem man Schutz sucht, plötz-

lich unter Terrorverdacht steht. Am Montag findet der von Ihnen beantragte Haftprüfungstermin statt. Rechnen Sie mit einer Freilassung?

Ich bin pessimistisch. Wenn es in dieser Sache mit rechten Dingen zuginge, dürfte er gar nicht in Untersuchungshaft sitzen.

Warum? Mein Mandant ist als Flüchtling aus Syrien mit gefälschten syrischen Papieren eingereist – wie Tausende andere Geflüchtete auch, von denen keiner deshalb in U-Haft sitzt. Denn es gibt für diesen Rechtsverstoß nachvollziehbare Gründe. Zudem ist er in dieser Hinsicht voll geständig. Da dürfte es eigentlich keine U-Haft geben. Die wurde bislang mit möglichen hohen Haftstra-

fen begründet – aber die sind gar nicht zu erwarten.

Was vermuten Sie als Grund für die U-Haft?

Ich vermute sogenannte apokryphe Haftgründe, also verborgene Gründe, die hinter den offiziell angegebenen Gründen versteckt werden. Es wird ja gegen ihn auch noch wegen des Terrorverdachts ermittelt.

Welche Gründe könnten am Montag für eine Verlängerung der U-Haft wegen Urkundenfälschung sprechen?

Wenn es rechtsstaatlich zugeht, eigentlich keine. Es sei denn, es werden neue Ermittlungsergebnisse vorgelegt, die den Verdacht des geplanten Terrorattempts stützen. Dann würde allerdings nicht die bisherige

U-Haft fortgesetzt, mein Mandant müsste mit einem Haftbefehl neu verhaftet werden.

Die Verdächtigung, er habe einen Terroranschlag mit einem Messer geplant, weist Ihr Mandant zurück.

Ja, und ich bin mir auch persönlich recht sicher, dass sie den Falschen erwischt haben. Mein Mandant stammt aus Syrien, was Arabischkundige leicht hören können. Der Terrorverdacht richtet sich aber gegen eine Person aus Tunesien.

INTERVIEW ALKE WIERTH

Jonathan Burmeister

■ ist Anwalt mit den Schwerpunkten Straf-, Migrations- und Mietrecht